

Präsident

VFBH – Hanauer Landstr. 152 – 60314 Frankfurt a. M.

Hessisches Ministerium für Kultus,
Bildung und Chancen
Herrn Staatsminister
Armin Schwarz
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Vorab per E-Mail an:
VorzimmerMIN@kultus.hessen.de

Dr. Michael Weidenfeld

Telefon: 069/ 97 672-597

E-Mail: info@vfbh.de

Internet: www.vfbh.de

13. Juli 2026

Zukunftsfähige Berufsschule – Duale Ausbildung stärken, regionale Versorgung sichern

Sehr geehrter Herr Staatsminister Schwarz,

die Sicherung einer leistungsfähigen dualen Berufsausbildung ist eine der entscheidenden Zukunftsaufgaben unseres Landes. Sie bildet die Grundlage für die Fachkräftesicherung in den Freien Berufen ebenso wie im Handwerk, in Industrie und Handel sowie zahlreichen weiteren Wirtschaftsbereichen.

Der Verband Freier Berufe in Hessen begrüßt ausdrücklich das Ziel der Landesregierung, mit dem Konzept der „Zukunftsfähigen Berufsschule“ die Qualität des Berufsschulunterrichts langfristig zu sichern und die duale Ausbildung zukunftsfest aufzustellen.

Die ersten Erfahrungen aus der Praxis geben jedoch Anlass zu einer kritischen Überprüfung einzelner Elemente der Umsetzung.

Aus den Reihen unserer Mitgliedsorganisationen – zuletzt insbesondere aus der Rechtsanwaltskammer Kassel – erreichen uns Berichte, wonach die Zentralisierung von Berufsschulstandorten und die Bildung von Regional- oder Landesklassen in einzelnen Ausbildungsberufen zu erheblichen Problemen führen. Vergleichbare Rückmeldungen liegen nach unserem Kenntnisstand auch aus anderen Kammerbereichen sowie aus Handwerk, Industrie und Handel vor.

Besonders betroffen sind Ausbildungsberufe mit kleineren Jahrgangsstärken sowie Betriebe im ländlichen Raum.

Die Folgen sind bereits heute erkennbar:

- Bewerberinnen und Bewerber entscheiden sich gegen einen Ausbildungsplatz, weil der Berufsschulstandort zu weit entfernt liegt.
- Bereits geschlossene Ausbildungsverträge werden wieder aufgehoben.
- Kleine Praxen, Kanzleien und Büros verlieren ihre Wettbewerbsfähigkeit bei der Gewinnung von Nachwuchskräften.
- Die Attraktivität der dualen Ausbildung sinkt gegenüber schulischen und akademischen Bildungswegen.
- Regionale Versorgungsstrukturen werden langfristig geschwächt, wenn Fachkräfte nicht mehr vor Ort ausgebildet werden.

Gerade die Freien Berufe übernehmen Verantwortung für die medizinische Versorgung, die Rechtspflege, die steuerliche Beratung, die Planung und zahlreiche weitere Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Deshalb ist eine wohnortnahe und attraktive Berufsausbildung von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung.

Wir halten es deshalb für erforderlich, die Reform nach den ersten praktischen Erfahrungen gemeinsam mit allen Beteiligten zu evaluieren und dort nachzusteuern, wo die tatsächlichen Auswirkungen den ursprünglichen Zielen entgegenstehen.

Der Verband Freier Berufe Hessen schlägt hierzu insbesondere vor:

- mehr regionale Entscheidungsspielräume anstelle starrer Mindestklassengrößen;
- affinitätsorientierte Beschulung, bei der fachlich verwandte Ausbildungsberufe gemeinsame Lernfelder nutzen können;
- einen konsequenten Ausbau hybrider Unterrichtsformen, damit digitale Unterrichtseinheiten Präsenzunterricht sinnvoll ergänzen und unnötige Fahrtzeiten reduzieren;
- mehr Eigenverantwortung der Berufsschulen, um gemeinsam mit den Kammern flexible und praxisgerechte Lösungen entwickeln zu können;
- eine regelmäßige Evaluation der Auswirkungen anhand objektiver Kriterien wie Ausbildungszahlen, Vertragslösungen, Fahrtzeiten und Fachkräftebedarf;
- regionale Modellprojekte, in denen innovative Unterrichtsformen gemeinsam mit Kammern und Berufsschulen erprobt werden;
- eine stärkere Beteiligung der Kammern und Berufsverbände bereits bei der Weiterentwicklung der Schulentwicklungsplanung.

Wir sind überzeugt, dass sich Qualität, Wirtschaftlichkeit und wohnortnahe Ausbildung nicht gegenseitig ausschließen. Moderne digitale Unterrichtsformen, schulübergreifende Kooperationen und eine größere Flexibilität bei organisatorischen Vorgaben können dazu beitragen, sowohl Ressourcen effizient einzusetzen als auch die Attraktivität der dualen Ausbildung zu erhalten.

Der Verband Freier Berufe in Hessen regt daher an, unter Beteiligung des Hessischen Landtags, des Hessischen Kultusministeriums, der Kammern, der Wirtschaftsorganisationen, der Berufsschulen sowie der Sozialpartner einen gemeinsamen Dialogprozess einzuleiten.

Ziel sollte sein, die bisherigen Erfahrungen offen auszuwerten und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen, damit die berechtigten Ziele der Reform nachhaltig erreicht werden.

Die Sicherung des Fachkräftenachwuchses ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie verdient eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft, Kammern und Schulen. Hierfür bietet der Verband Freier Berufe Hessen ausdrücklich seine Mitwirkung an.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Michael Weidenfeld
-Präsident-

Verteiler

Herr Ministerpräsident Rhein

Herr Kultusminister Schwarz

CDU Hessen: Frau Claus, Herr Wendel, Herr Kasseckert

FDP Hessen: Herr Dr. Naas, Frau Knell, Herr Promny

SPD Hessen: Herr Eckert, Frau Barth, Frau Heidt-Sommer

Bündnis 90 / Die Grünen Hessen: Herr Wagner, Frau Kinkel, Herr Frömmrich